

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 410

14. März 25
34. Jahrg.

Die Linke

Barnim

AfD beantragte Gesinnungsprüfung für Seniorinnen und Senioren

Der Kreistag am 12. März beschäftigte sich mit Seniorenpolitik.
Die Linke: Toleranz und freiheitliche demokratische Ordnung nicht aufgeben!

Grundsätze der Seniorenpolitik für die aktuelle Wahlperiode standen am 12. März auf der Tagesordnung des Kreistages Barnim. Erarbeitet vom Seniorenbeirat, eingereicht von der Kreisverwaltung, wurden sie zuvor in den beiden zuständigen Ausschüssen beschlossen und lagen nun endgültig dem Kreistag zur Beschlussfassung vor. Was ist das Ziel? Diese Grundsätze dienen als Arbeitsgrundlage der Abgeordneten, der Ausschüsse und Fraktionen des Kreistages sowie des Kreissenorenbeirates.

Darin sind auch 7 Grundsätze formuliert. Sie umfassen das Ziel, dass Ältere so lange wie möglich im gewohnten Umfeld leben können, gesellschaftliche Teilhabe, Gesundheitsförderung, die Verbesserung digitaler Kompetenzen, die Förderung des Ehrenamtes und das Wirken gegen Altersarmut und Einsamkeit. Und der 7. Punkt beinhaltet: „Das Eintreten der Senioren für Toleranz und gegen Fremdenhass sowie jegliche Form von Extremismus“.

Daran störte sich die AfD und stellte im Kreistag einen Änderungsantrag. Sie wollte, dass über solche Aktionen im

Kreistag berichtet wird. Und sollte das Gebot der politischen Neutralität des Kreissenorenbeirates verletzt werden, dann sollte der Kreistag finanzielle Mittel kürzen. „Toleranz ist ein wichtiger Bestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Wir müssen sie bewahren, deshalb hat die Fraktion Die Linke/Bauern/Die Partei gegen diesen Antrag gestimmt“, sagt ihr Fraktionschef Lutz Kupitz.

Die gute Nachricht: Dieser Antrag der AfD wurde von der Mehrheit des Kreistags abgelehnt. Die schlechte Nachricht: Auf allen Ebenen wird derzeit versucht, die Toleranz in der Gesellschaft in der Gesellschaft zu untergraben.

Die „Omas gegen Rechts“ machen zum Beispiel im Netz mobil. Sie haben eine Videobotschaft an Friedrich Merz gerichtet, sie wurde auf Instagram inzwischen über 2,6 Millionen Mal angeschaut. Angefangen hat es mit der Anfrage der CDU an die Bundesregierung von Ende Februar, mehr als 500 Nichtregierungsorganisationen auf ihre politische Neutralität zu überprüfen und sie gegebenenfalls von staatlicher Förde-

rung auszuschließen. Die „Omas gegen Rechts Deutschland e.V.“ erklären ausdrücklich, dass sie sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzieren, nicht als gemeinnütziger Verein anerkannt sind und alle ehrenamtlich ohne Vergütung arbeiten. Sie verweisen auf ihre Überparteilichkeit, das gelte für alle Parteien. „Gegenüber der AfD allerdings nicht, denn wir werden nicht neutral gegenüber einer Partei sein, die unsere Demokratie von innen zersetzen will.“, heißt es unter anderem im Offenen Brief an Friedrich Merz. Der Verein sieht



Foto von der Demo „Gegen Hass und Hetze“ am 1. Februar in Bernau. Foto: bc

sich einer massiven Desinformationskampagne ausgesetzt. Aber inzwischen haben über 190.000 Menschen, den Offenen Brief der „Omas gegen Rechts“ unterschrieben. bc

Der Offene Brief zum Unterschreiben hier:

<https://innn.it/anmerzvonomas>



nächste Online-Ausgabe am 15. März

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.